

Wir haben Grund zur Hoffnung!

Die Menschen in Ost und West sind sich nähergekommen

Für viele, die ihr Weihnachtsfest in Mitteldeutschland erleben, mag es angesichts der durch die jüngsten SED-Maßnahmen erschwerten Situation verwunderlich klingen, aber es ist so: Weihnachten 1955 kann in Ost und West voll Zuversicht gefeiert werden! Wir haben ein Jahr politischer Enttäuschungen hinter uns, aber wir sind uns dabei nähergekommen. Nie haben wir so stark empfunden, daß sich Deutschland nicht teilen läßt. Die Zeit, da die Menschen aus der Zone ihre Brüder und Schwestern in Westdeutschland besuchen durften, da die Zonengrenze ein wenig in den Hintergrund getreten war, hat uns einander nähergebracht.

Vor einem Jahr dachte mancher, er habe sein Teil gesamtdeutscher Verantwortung abgetragen, indem er ein Pfefferkuchenpaket für die Verwandtschaft in Leipzig packte. Heute wissen wir, daß die seelische Not mitunter viel größer als die materielle Entbehrung ist. Die Zone hungert nach mehr als nach den Dingen, die den Menschen im Westen zur materiellen Selbstverständlichkeit geworden sind.

In zwölf Monaten haben wir einmal vergeblich nach Berlin und zweimal enttäuscht nach Genf geblickt. Aber wie die Menschen in Ost- und Westdeutschland gemeinsam gehofft und gebangt haben, so vermochten sie miteinander einzusehen: Die Wiedervereinigung muß auch von uns betrieben werden!

Den Glauben behalten!

Wir müssen einfach den Glauben behalten. Wir wissen nicht, die wievielte internationale Konferenz uns endlich zusammenbringen wird, aber wir wissen, daß wir uns bis dahin nicht auseinanderleben dürfen. Jedes Paket von uns unter einem mitteldeutschen Weihnachtsbaum und jeder Brief von drüben härtet die Kette, die auch von den Feinden der Wiedervereinigung nicht gesprengt werden kann. Wir haben in den letzten zwölf Monaten unsere gegen-

seitigen Sorgen kennengelernt. Wir wissen, daß der mecklenburgische Bauer mitunter schwerer für seinen angegriffenen Glauben streiten muß als für die Erhaltung seines Besitzes. Daß jedes echte Weihnachtsfest in einer thüringischen Familie eine verlorene Schlacht für die FDJ-„Erzieher“ bedeuten kann. Daß wir uns, wenn die Kerzen brennen, ganz und gar verstehen...

Es geht nicht ohne uns!

Die Zonenregierung hat für das kommende Jahr vieles bereit, was uns entfremden soll. Ihre Pläne zielen auf die Bildung einer mitteldeutschen Volksdemokratie. Sollen wir darum mutlos werden. Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Die SED ist eine Macht, die mit Gewalt zu regieren versteht. Immer aber ist sie bisher an dem Widerstand der Bevölkerung gescheitert.

Es braucht gar kein opfervoller Widerstand zu sein. Einfach der Wille, sich von den kommunistischen Herren nicht mißbrauchen zu lassen, vermag deren Pläne zu durchkreuzen. Sie können das Staatswesen wohl ohne uns regieren, aber sie vermögen es nicht ohne uns aufrechtzuerhalten! Der KVP-Soldat, der sich fest verschworen hat, nie auf seinen westdeutschen Bruder zu schießen,

wenn die SED das Signal dazu gibt, ist für das System verloren, auch wenn er heute eine Waffe trägt. Der Jugendliche, der trotz Beeinflussung durch „Jugendweihen“ und FDJ-Erziehung den Weg zum Glauben findet, wird auch in zehn Jahren noch die gleiche Sprache reden, die uns wieder zusammenbringen kann. Jeder, der über die Zonengrenze hinwegdenken kann, garantiert uns, daß wir wieder zusammenfinden werden.

„Friedensweihnachten“?

In der Zone sagen sie auch zu diesem Fest wieder „Friedensweihnachten“. Die das Wort erfunden haben, lieben den Frieden nur, solange sie ihn brauchen. Die Menschen nennen es einfach Weihnachten. Das Fest gibt ihnen neue Kraft. Denn was ist solch ein Weihnachten für die SED? Ein „Aberglaube“, ein „Produktionsverlust“...

Wissen diese Menschen überhaupt, daß wir vielleicht an keinem Tag im Jahr so sehr an ganz Deutschland denken, wie in diesen Stunden familiärer Besinnung. Jeder Brief aus dem anderen Deutschland wird uns beweisen, daß es gar keine Mißverständnisse unter uns Deutschen gibt, daß wir nur jenen auf die Finger zu sehen haben, die uns den Weg zueinander versperren. Keine Ideologie und keine Wirtschaftsform trennen uns voneinander, sondern nur eine nicht erteilte Reiseerlaubnis und ein „Halt“ an der einseitig aufrechterhaltenen Grenze. Das aber hilft uns, einander noch besser zu verstehen und die Entfremdung zu verhindern, was auch das kommende Jahr bringen mag. Der Mut zur Hoffnung liegt in uns!

Der Mann, der nach Moskau geht

DT. Wir wissen längst, wer als Botschafter von Moskau nach Bonn kommt, aber wir kennen noch immer nicht den Mann, der von Bonn nach Moskau geht. Es ist offenbar nicht leicht, ihn zu finden.

Die Botschaft in Moskau ist einer der wichtigsten und schwierigsten Außenposten, die unsere noch junge Diplomatie zu vergeben hat. Der Bundeskanzler selbst hat in seiner Regierungserklärung vom 22. September die Bedeutung einer deutschen Mission in Moskau mit dem Hinweis erläutert, daß die Sowjetunion eine der vier Siegermächte sei, ohne deren Mitwirkung das vornehmste Anliegen unserer Politik, nämlich die Herstellung der Einheit unseres Landes, nicht verwirklicht werden könne. „Das Fehlen von Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten, die sich daraus für uns ergebende Unmöglichkeit, unsere nationalen Anliegen auch selbst in Moskau zu vertreten, ist eine Anomalie.“ Das Neue liegt also darin, daß ein deutscher Botschafter die Möglichkeit haben wird, deutsche Anschauungen dem Kreml verständlich zu machen und umgekehrt, sowjetische seiner Regierung zu erläutern. Er kann informieren und informiert werden. Wir geben und nehmen also aus erster Hand, während wir bisher auf Zwischenschaltungen angewiesen waren. Das ist insgesamt eine Aufgabe, die von dem deutschen Botschafter sehr viel Geschick, sehr viel Takt, sehr viel Erfahrung und eine unbeeinträchtigte Haltung in den Grundfragen unserer auf Wiedervereinigung und europäische Sicherheit gerichteten Politik fordert.

Früher war es anders

Wer ist nun dieser Mann, der nach Moskau geht? Berufsdiplomat oder Außenseiter? Eine erste oder eine zweite Kraft? Ein gewisser Mangel an Talenten ist in der diplomatischen Berufskarriere leider nicht zu verkennen, sonst wäre wohl die Wahl schon getroffen. Das ist auch verständlich, wenn

man bedenkt, daß in Deutschland ein echtes politisches Leben und in ihm der diplomatische Dienst nach einer Öde von fast zwei Jahrzehnten von Grund auf neu geschaffen werden mußten. Früher, ganz früher, da war der diplomatische Dienst ein verhältnismäßig einfacher Beruf, der mehr gesellschaftliche als politische Leistungen forderte. Bismarck selbst, der ein kluger Diplomat war, bevor er ein großer Staatsmann wurde, hat sich hierüber im Hinblick auf die veraltete preußische Diplomatie mit bitterer Ironie beklagt: „Sprachkenntnisse“, so erzählt er in seinen Memoiren, „wie auch Oberkellner sie besitzen, bildeten bei uns leicht die Unterlage des eigenen Glaubens an den Beruf der Diplomatie.“ Sie genügten sogar für den Glauben der Regierung an ihre Diplomaten. Wir lesen nämlich weiter: „Ich habe manche unter unseren älteren Gesandten gekannt, die, ohne Verständnis für Politik, lediglich durch Sicherheit im Französischen in die höchsten Stellen aufrückten.“ Das Französische war damals in Preußen seltsamerweise die Sprache der gesandtschaftlichen Berichte an die Berliner Regierung, eine Dienstvorschrift, die erst Bismarck beseitigt hat. Eine andere Übung der Personalpolitik des auswärtigen Dienstes kennzeichnete Bismarck mit der Feststellung, daß sich in der Rangliste der preußischen Diplomatie Mitglieder standesherrlicher Häuser befänden, bei denen die Abstammung die Begabung ersetze. Böse Zungen flüstern sogar, daß dieses Ersatzverhältnis auch heute noch nicht ganz außer Mode gekommen sei ...

Der Diplomat von heute

Was damals recht war, ist heute nicht mehr billig. Die politische und diplomatische Welt ist gegenüber den einfachen Zügen, die sie im vorigen Jahrhundert zeigte und die stark dynastisch geprägt waren, ungeheuer kompliziert geworden. Die internationalen Beziehungen als das Feld der Diplomatie umfassen heute ordnend sachliche Gebiete und Probleme von einer unendlichen Mannigfaltigkeit. Was ist nicht alles Gegen-

stand internationaler Reibungen, Gespräche, Bestrebungen, Verhandlungen und Abmachungen! Der Diplomat unserer Zeit kann aus diesem Grunde zwar nicht ein Allerwelts-Fachmann sein, aber er muß mit Wissen, Erfahrung und hoher Intelligenz mitten in der komplizierten Welt der internationalen Politik stehen. Sie ist zugleich eine Welt der wirtschaftlichen, sozialen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit unter der Herrschaft des Völkerrechts.

Moskau — keine Verlockung

Der Diplomat von heute ist ferner einer ganz anderen internationalen Leistungs-Konkurrenz ausgesetzt als damals. Die Weltgeschichte der letzten 50 Jahre war zugleich auch eine Weltchule der Diplomatie. Mit einer fast unfaßbaren Schnelligkeit und Intensität brachte sie vor, nach und zwischen den Kriegen eine Fülle ungewöhnlicher Aufgaben. In unaufhörlicher Folge jagten sich Probleme, Ereignisse, Spannungen, Umwälzungen, Verhandlungen und Konferenzen, die den diplomatischen Dienst in den Zustand ständiger Vollbeschäftigung versetzten. Die Sowjetunion hat im Ablauf dieser Entwicklung, in die sie immer stärker hineinwuchs, einen neuen, revolutionären Stil der Diplomatie entwickelt. Sie hatte mit ihm nicht nur deshalb Erfolg, weil sie weniger Hemmungen empfand und das Spiel der Worte, der Gesten und der früher nicht üblichen Propaganda besser verstand. Sie hat auch ein diplomatisches Personal herangebildet, das in seinen oberirdischen und unterirdischen Aufgaben ausgezeichnet geschult ist. Es fällt deshalb keineswegs leicht, sich mit der sowjetischen Diplomatie zu messen. Die sachlichen Ansprüche an den Mann, der von Bonn nach Moskau geht, ergeben sich hieraus von selbst: er sollte einer der Besten sein.

Dieser Begrenzung der Auswahl folgt zugleich eine zweite: der Moskauer Posten ist in den Ländern der freien Welt keine Verlockung. Er wird nicht sehr begehrt. Das Leben dort ist für einen westlichen Diplomaten

(Fortsetzung nächste Seite)

Erfolg und Mißerfolg an der Saar

CVP auf neuem Kurs

DT. Die Wahlen zum saarländischen Landtag brachten eine eindeutige Bestätigung der Volksentscheidung, mit der am 23. Oktober das Saarstatut verworfen und die Wiedervereinigung mit Deutschland gefordert worden war. Damals ging es nur um das Nein oder Ja zum Saarstatut, das mit 67,7 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen verneint wurde. Das war damals die Überraschung: die klare Zweidrittelmehrheit der Neinsager.

In den Landtagswahlen vom vergangenen Sonntag erfolgte nun die zahlenmäßige Aufteilung des Nein- und des Ja-Blocks in Parteien. Das Ergebnis zeigt, daß die Parteien, die im Oktober die Parole zum Nein gegen das Statut ausgegeben hatten, nämlich die CDU, die DPS, die SPD und die KP ihren Stimmenanteil von 67,7 Prozent auf insgesamt 70,7 Prozent erweitern konnten. Das ist der Erfolg. Die im Heimatbund zusammengeschlossenen „deutschen“ Parteien, also die CDU, DPS und SPD — die am Sonntag geschlagene KP zählt hier nicht mit, denn sie ist keine deutsche, sondern eine russische Partei — haben indessen ihr Ziel, aus eigener Kraft die zur Änderung der Verfassung erforderliche Dreiviertelmehrheit zu gewinnen, nicht erreicht. Das ist der Mißerfolg.

Zwischen dem erstrebten Ziel und dem erzielten Ergebnis steht als sperrendes Hindernis die Christliche Volkspartei Johannes Hoffmanns (CVP). Sie ist zwar mehr als halbiert wor-

den, aber doch stärker geblieben als allgemein erwartet wurde. Sie war in dem Maße, das ihren Gegnern die Dreiviertelmehrheit gewährleistet haben würde, nicht zu schlagen und zu zerschlagen. Das ist heute die Überraschung.

Die von der CVP bewiesene Standfestigkeit gegenüber dem gemeinsamen Ansturm ihrer Gegner hat verschiedene Gründe. Zunächst hat diese Partei nach dem für ihre Politik verneinenden Plebiszit sehr geschickt „Ballast abgeworfen“. Sie hat Johannes Hoffmann nicht mehr in den Landtag entsandt und vor allem den bisherigen Polizeiminister und französischen Staatsbürger Hector sowie andere anstößige Politiker sozusagen über Bord ge-

worfen. Sie hat ferner das Ergebnis des Plebiszits in seiner nationalpolitischen Bedeutung sofort erkannt und anerkannt und sich über Nacht auf „den Boden der neuen Tatsachen“ gestellt. Sie billigte unter anderem die Zwischenregierung Welsch und vollzog alle Maßnahmen, die zur beschleunigten Neuwahl des Landtages und also zur Anpassung der politischen Verhältnisse an das Ergebnis des Plebiszits erforderlich waren. Sie tat sogar noch ein übriges und bekannte sich durch einen Beschluß ihres Parteitages zu einer Politik der Wiedervereinigung mit Deutschland; sie erklärte ausdrücklich, im Sinne dieser Politik auch an einer Änderung der Verfassung mitwirken zu wollen.

Diese geschickt durchgeführte Verwandlung hat viele Wähler davon abgehalten, sich von ihr zu trennen.

Der Mann, der nach Moskau geht

(Fortsetzung von Seite 2)

das Leben in einer völlig anderen und dazu noch politisch unfreundlichen Welt. Es ist außerdem durch Einschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit und mangelnden Kontakt zur Bevölkerung auch menschlich beengt. Hierüber haben alle Diplomaten, die dort stationiert waren, stets geklagt. Was zu beklagen ist, das ist indessen eine russische und nicht eine sowjetische Erscheinung. George Kennan, der amerikanische Botschafter, der sich vor drei Jahren einmal über diese Kehrseite seiner Moskauer Mission alzu deutlich äußerte und deshalb als ein unwillkommen gewordener Botschafter

seinen Posten aufgeben mußte, hat hierüber später Interessantes erzählt. Aus den alten Akten der amerikanischen Botschaft in Rußland ergab sich nämlich, daß vor hundert Jahren bereits die gleichen Klagen erhoben wurden, die auch heute zu hören sind: dauernde Bespitzelung, Mißtrauen der russischen Behörden, Geheimnistuerei, Unzuverlässigkeit des russischen Botschaftspersonals usw.

Nach dem Tode Stalins hat sich zwar einiges gebessert, aber die Situation ist bei weitem nicht so, daß die Diplomaten in einer Atmosphäre freundlicher Sachlichkeit ihre Mission erfüllen könnten, die ja auch eine Mission der Verständigung zwischen Volk und Volk sein soll. Es ist eine Atmosphäre, in der diplomatische Früchte nicht leicht gedeihen und das Unerfreuliche überwiegt. Um so mehr ist es notwendig, nach Moskau eine Persönlichkeit zu entsenden, die in der Lage ist, sich mit diesen sachlichen Schwierigkeiten und persönlichen Unbequemlichkeiten zu messen, und zwar unter dem Antrieb des Willens zum guten „Dienst“ für Deutschland und seine Politik.

Antwort an Puschkin

Sowjets bleiben für Viermächte-Abkommen verantwortlich

Berlin (Eigenmeldung). Die drei Westmächte haben in gleichlautenden Erklärungen ihrer Botschafter zu der jüngsten Antwortnote des sowjetischen Botschafters Puschkin festgestellt, daß sie die Sowjetregierung nach wie vor für die Verpflichtungen verantwortlich halten, die sie gemäß dem Viermächte-Abkommen über Deutschland einschließlich Berlin übernommen hat.

Puschkin hatte in seinem Schreiben dargelegt, daß die Sowjetzonenrepublik auf Grund der Moskauer Souveränitätsverträge vom 20. September dieses Jahres die „Jurisdiktion auf ihrem Hoheitsgebiet voll und ganz ausübt“. Damit rechtfertigt der Sowjetbotschafter die Zurückweisung eines westlichen Protestes gegen die Festnahme von vier amerikanischen Staatsbürgern durch Volkspolizisten.

Bessere Luftverteidigung

Die Beschlüsse einer wichtigen NATO-Konferenz

Paris (AP). Die Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister der Atlantikpaktorganisation haben in Paris beschlossen, die europäische Luftverteidigung zu koordinieren sowie ein gemeinsames Radar-Warnnetz und ein neuartiges, von Störungen freies und rein militärisches Nachrichtenübermittlungssystem zu errichten. Der Beschluß wurde gefaßt, nachdem der amerikanische Außenminister Dulles betont hatte, der kalte Krieg zwischen West und Ost sei „erneut entbrannt“ und erfordere neue Maßnahmen des Westens.

Nach den Plänen, die vom NATO-Oberbefehlshaber Gruenther dem Ministerrat vorgelegt und von ihm gebilligt wurden, werden die nationalen Luftverteidigungssysteme der europäischen NATO-Staaten als erstem Schritt zu ihrer völligen Integration in vier Gruppen zusammengefaßt und die Arbeit dieser Gruppen über das NATO-Hauptquartier miteinander koordiniert. Diese Gruppen sind: Nord-, Mittel- und Südeuropa sowie Großbritannien.

Das gemeinsame europäische Radar-Warnsystem soll nach dem Vorbild der amerikanisch-kanadischen vorgeschobenen Radar-Warnlinie errichtet werden. Bei dem neuen Nachrichtenübermittlungsnetz handelt es sich um eine amerikanische Erfindung, die nicht wie Telefon und Funk gestört werden kann, und die über die Troposphäre auf 375 und über die Ionosphäre auf 2000 Kilometer Entfernung arbeitet. Die Kosten werden auf rund 170 Millionen DM geschätzt.

In der Sitzung hatte der Atlantikrat vor allem die politische Haltung der Sowjetunion analysiert. Man war sich darüber einig, daß die NATO-Gemeinschaft künftig besonderes

Gewicht auf stärkere politische und wirtschaftliche Aktivität legen müsse. USA-Außenminister Dulles meinte, daß sich die sowjetische Gefahr vom militärischen auf das politische und wirtschaftliche Gebiet verlagert habe. Die Sowjetunion habe sich vom „Geist von Genf“ losgesagt und im Nahen Osten und Südostasien neue Fronten des kalten Krieges errichtet.

Die 15 Mitgliedsstaaten der NATO haben zum Abschluß

ihrer Ministertagung festgestellt, daß die Sicherheit und das Wohlergehen Berlins wesentliche Elemente des Friedens sind.

Sie betonten ferner, daß sie die Bundesregierung als die einzige rechtmäßige deutsche Regierung betrachten und daß die Wiedervereinigung Deutschlands nach wie vor eine unerläßliche Voraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden ist.

Bundesaußenminister v. Brentano äußerte seine „tiefste Befriedigung“ über das Ergebnis der Pariser Tagung. Besonders die Deutschlandfrage habe bei allen NATO-Partnern größtes Interesse gefunden, und der Nachdruck, mit dem in dem Kommuniqué die Rolle der Bundesrepublik und Berlins hervorgehoben werde, sei außergewöhnlich für die NATO.

Gaitskell neuer Labour-Führer

Der gemäßigte Flügel siegte

London (AP). Die britische Labourparty hat ihren Wirtschaftsspezialisten, den 49 Jahre alten Hugh Gaitskell, mit großer Mehrheit zum neuen Parteichef und Führer der Opposition im Unterhaus gewählt.

Gaitskell, der dem gemäßigten Flügel der Partei angehört und in der letzten Labourregierung Schatzkanzler war, übernimmt damit die Nachfolge Clement Attlees, der in der letzten Woche aus Altersrücksichten zurückgetreten war.

Bei der Wahl entfielen auf Gaitskell 157 von 267 abgegebenen Stimmen. Der Führer des

linken Flügels der Partei, Bevan, erhielt 70, und der bisherige langjährige stellvertretende Parteiführer Morrison 40 Stimmen. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden dieses Er-



Hugh Gaitskell

gebnisses, bei dem das schlechte Abschneiden Morrisons überraschte, trat Morrison von seinem Posten zurück. Der neue Parteiführer hat mit seiner Wahl automatisch das Recht gewonnen, im Falle eines Laboursieges bei den nächsten Wahlen Ministerpräsident zu werden.

Joxe wird Botschafter in Bonn

Von Moskau in die Bundesrepublik

Paris (AP). Zum neuen französischen Botschafter in Bonn ist der bisherige Botschafter in Moskau, Louis Joxe, ernannt worden. Sein Nachfolger in Moskau wird Maurice Dejean.

Dt. Frankreich hat sicherlich einen seiner gewandtesten Diplomaten als Nachfolger von Botschafter André François-Poncet nach Bonn geschickt. Louis Livius Joxe war dreieinhalb Jahre lang französischer Botschafter in Moskau, damit

beauftragt, den kalten Krieg durch Verhandlungsgeschick und Liebenswürdigkeit zu dämpfen. Der Fünfundfünfzigjährige gehört sicherlich zu den gebildetsten Männern, über die der Quai d'Orsay verfügt.

Es kann — vielleicht — erwünscht sein, daß ein so genauer Kenner der sowjetischen Mentalität und Absichten gleichzeitig mit dem sowjetischen Botschafter Sorin in Bonn aufkreuzt.

So sind sie wirklich:

„Wiedervereinigung unter dem Verhandlungstisch“

Zur nicht geringen Überraschung der übrigen Mitglieder des Zentralkomitees ließ Ulbricht im vergangenen April „den verdienten Genossen Albert Norden“ zu seinem 7. Sekretär und ZK-Mitglied kooptieren. Ulbricht stattete damit einem Manne Dank ab, der sich trotz aller ideologischen Seitensprünge immer wieder bedingungslos zu dem SED-Chef bekannte und diesem letztlich das entscheidende Material gegen parteiinterne Feinde lieferte. Zum anderen aber war die Ernennung des Sekretärs des „Ausschusses für Deutsche Einheit“, Norden, als ZK-Mitglied eine Warnung an alle sich mit Fragen der Wiedervereinigung befassenden Funktionäre: Die Einheit Deutschlands wird im Büro Ulbricht entschieden!

Deckname „Hans Behrend“

Der jetzt 50jährige Rabbinersohn aus Myslowitz kommt aus gläubigsten jüdischen Kreisen. Sein Vater wurde 1942 in Theresienstadt umgebracht, Norden hatte ihn früh verlassen; 1923 geht er noch als Gymnasiast zur KPD und wird Redakteur bei kommunistischen Provinzzeitungen. 1931 beruft ihn Alexander Abusch an die „Rote Fahne“ nach Berlin. Hier entdeckt man andere, für die Zentrale mitunter wichtigere Fähigkeiten des jungen bürgerlichen Wirtschaftsjournalisten: Im Apparat „Weiß“ (Zersetzung von Rechtsorganisationen) nimmt er Führung auf mit dem später erschossenen SA-Stabschef Röhm. Er spielt seine Doppelrolle so

Otto Braun †

Berlin (Eigenmeldung). In Lorcarno starb der frühere preußische Ministerpräsident Otto Braun im 83. Lebensjahr. Rund 22 Jahre lang lebte er nach der nationalsozialistischen „Machtübernahme“ in dem selbstgewählten Exil. Seine Regierungszeit von 1920 bis 1932 war eine Zeit des Wiederaufbaues des preußischen Staates als einer Ordnungszelle in der Weimarer Republik.

ALBERT NORDEN

gut, daß selbst Thälmann sagte: „Man weiß nie so recht, für wen er ehrlich tätig ist.“

Als Norden der Verbindung zum oppositionellen KP-Flügel Neumann-Remmele-Flieg überführt wird und ausgeschlossen werden soll, rettet ihn ein überraschendes Veto der Berliner „UdSSR-Handelsmission“. Im ZK erkennt man: Norden hatte auch für die Russen konspiriert! Nach Hitlers Machtergreifung versucht Norden in der Motzstraße ein illegales KP-Quartier einzurichten. Eine Liebschaft zur Tochter seiner Wirtin bringt die Sache der Gestapo zur Kenntnis, sieben KP-Leute werden verhaftet und Norden flieht über Kopenhagen und Prag nach Paris. Als „Hans Behrend“ taucht er mit einem Paß unter, den weder die KP noch die Russen auszustellen vermochten.

In Marseille opponiert er mit Paul Merker, Franz Dahlem und Lex Ende gegen den Hitler-Stalin-Pakt. Später verrät er Dahlem und Merker an die Sowjets, indem er dem MWD 1949 die geheimen Besprechungen der Emigrantenführer offenbart. Als Hitler in Frankreich einmarschiert, geht Norden mit Gerhart Eisler nach New York, wo er bis zur Rückkehr in die Sowjetzone im Jahre 1946 ein Informationsblatt für die kommunistische Intelligenz redigiert: „Germany Today“.

Karriere und Kaffee-Handel

Bis 1948 handelt Norden mit aus den Staaten geschmuggeltem Kaffee und macht gleichzeitig Karriere als Chefredakteur des Volkskongreß-Organs „Deutschlands Stimme“. 1943 geht er in den „Volksrat“, 1949 in die „Volkskammer“. Noch immer binden ihn Fäden zum MWD, das ihn viermal ohne Aufhebens zur Schulung nach Moskau holt. Als Franz Dahlem, der von Ulbricht gemäßregelte Chef der SED-Westarbeit, unter Hausarrest steht, ist Norden einer der wenigen, die zu

ihm dürfen. Seine Recherchen über den zu spät gewarnten Dahlem helfen Ulbricht über die größte Parteikrise hinweg.

Seine erheblichen Schulden in der Ostberliner Künstlerkneipe „Möwe“ bezahlt Norden mit einem Schlag, als ihm das ZK 1951 den „Nationalpreis II. Klasse“ mit 50 000 Ostmark zuerkennt. Im Mai 1953, als nach dem Slansky-Prozeß die antisemitische Kampagne über das sowjetisch besetzte Gebiet Europas rollt, geht Norden still und bescheiden als „Professor mit Lehrauftrag für neuere Geschichte“ an die Humboldt-Universität. Um die Jahreswende 1953/54 hat sich auch das beruhigt. Aus dem Hintergrund lanciert Norden im Auftrage Ulbrichts eine bestimmte Theorie der Wiedervereinigung, die den Verzicht auf Freie Wahlen zur Voraussetzung hat. Ulbrichts Dank: Im Januar 1954 wird Norden Staatssekretär und Sekretär des „Ausschuß für Deutsche Einheit“, dem sich später auch Dr. John zugesellen soll. Norden macht aus diesem harmlos benannten Gremium ein Spinnennetz gesamtdeutscher Konspiration: „Die Wiedervereinigung wird unter dem Verhandlungstisch unterschrieben!“ Sein „Ausschuß“ ist parallel geschaltet mit der Westabteilung des SED-Zentralkomitees. Die wenigsten, die das Haus am Thälmannplatz in Ostberlin betreten, wissen, daß hier eine der größten Geheimdienstfillalen existiert.

Nordens Feind bleibt Dahlem: Dieser Rivale Ulbrichts arbeitet in Lichtenberg Denkschriften für die Sowjets aus, die sich wenig mit den Ansichten Nordens decken mögen. „Die Wiedervereinigung wird Norden nicht als Staatssekretär erleben!“ orakeln Kenner der Situation. Und Norden selbst weiß darum. Der Fall John, in dem er nur eine Statistenrolle spielte, hat ihm zu denken gegeben: Wie lange kann ein Außenseiter im kommunistischen „Apparat“ existieren? Die Antwort der Parteigeschichte: Solange man ihn braucht!

SED verurteilt die Stalinallee

Architekten distanzieren sich vom Fassadenkitsch

Die Ostberliner Stalinallee, als Modellstraße für den Wiederaufbau aller Zonenstädte geplant, wird nicht mehr im gleichen Stil fortgeführt. Gestützt auf das Chruschow-Dekret über „Fassadenkitsch“ in der Sowjetarchitektur“ hat sich eine Ostberliner Architektenkonferenz in diesen Tagen nachdrücklich von den Plänen des SED-Stadtarchitekten Henselmann distanziert. Wirtschaftsexperten wiesen nach, daß allein durch die von Henselmann auf kitschige Fassaden und überflüssige „Nebenarchitektur“ verwandten Gelder rund 18 000 Wohnungen über den Plan hinaus hätten gebaut werden können.

Ab 1956 wird in Ostberlin und der gesamten Sowjetzone daher der industrielle Wohnungsbau nach westlichen Methoden eingeführt. Alle Bauvorhaben in der Stalinallee werden überprüft und — soweit dies noch möglich ist — auf andere Art fortgeführt. Die neuen Wohnungen sollen in erster Linie zum „Wohnen“ und nicht, wie in der Stalinallee, zum „Angucken“ sein.

Zu späte Einsicht

Diese Einsicht kommt jedoch um ganze zwei Jahre zu spät. Was die Architekten bisher kopfschüttelnd in der Stalinallee mit ansehen mußten, hat so gut wie alle Gelder verschlungen, die Ostberlin für den Wohnungsbau aufbringen kann. 1956 stehen industrielle und landwirtschaftliche Bauprojekte im Vordergrund. Man plant bereits, den Stadtarchitekten Henselmann „zur Vervollkommnung seiner praktischen Kenntnisse“ auf eine ländliche Großbaustelle zu versetzen. Den Ostberlinern hilft dies wenig.

Die Stalinallee ist heute wohl das häßlichste an Architektur, was nach 1945 in Deutschland entstehen konnte. Ein Fassadenkult nach dem Muster nationalsozialistischer Großbauten, dem primitiv zusammengehau-

Wohnungen gegenüberstehen. Wie die jetzt erstmals offen auftretenden Architekten nachwiesen, sind Teile der 1952 erbauten Stalinallee-Wohnblocks bereits wieder unbewohnbar. Die Fassaden bieten einen trostlosen Anblick: Ziergesimse und Kachelverkleidungen fallen unter der Wechselwirkung von Kälte und Hitze ab, die bei der Finanzierung zu kurz gekommenen technischen Anlagen strecken und die Wohnungen bedürfen selbst bei guter Pflege einer jährlichen Totalrenovierung.

Für 1956 hatte Henselmann den Bau zweier Wohnblöcke und eines Super-Hochhauses geplant, reich mit dorischen Säulen und Zierstück versehen. Im obersten Stock des Hochhauses wollte sich der Stadtarchitekt selbst mit seinem „Aufbaustab“ etablieren. Nun wird er mit einer

anderen Behausung vorliebnehmen müssen.

Schaden unermesslich

Bei Sichtung des durch die Henselmansche Narrenfreiheit entstandenen Schadens darf man jedoch nicht nur die sichtbare Verschwendung verknappen Geldes und Materials bewerten. Geht man davon aus, daß die architektonische Verurteilung der Stalinallee alle SED-Städtebaupläne über den Haufen wirft und eine völlige Neuorientierung erfordert, ist der Schaden unübersehbar. Der Abriß des Berliner Schlosses, der Umbau des Viertels zwischen Alexanderplatz und Lustgarten und die Bebauung aller angrenzenden Wohnviertel sind auf diesen Henselmann-Plan ausgerichtet. Jede Neuorientierung muß ein heilloses Durcheinander ergeben...

Henselmann war selbst einmal ein normal arbeitender und empfindender Architekt. Die SED hat ihm diesen Fassadenkitsch aufgetragen und er hat seine geschmackunkundigen Bauherren noch zu übertrumpfen gesucht. Nun wird er dafür verurteilt, nicht die SED. Die Stalinallee aber wird so lange als Kuriosität Ostberliner Stadtplanung stehenbleiben, bis der Zahn der Zeit auch dieses SED-Kunststück vergessen läßt.

Verschärfte Vopo-Kontrollen

Berliner S-Bahnhöfe werden bewacht

Berlin (AP). Die in den Westsektor führenden Ausgänge auf den S-Bahnhöfen Potsdamer Platz und Stettiner Bahnhof werden neuerdings verschärft kontrolliert. Sämtliche auf diesen Bahnhöfen ankommenden Reisenden müssen die von der Volkspolizei und sogenannten Arbeiterkontrolleuren bewach-

ten Ausgänge benutzen, die in den Ostsektor führen.

Paketflut über Magdeburg

Magdeburg (Eigenmeldung). Im Interzonen-Postverkehr herrscht ein Hochbetrieb, der das Ausmaß des vergangenen Jahres übertreffen dürfte. Zur Zeit werden auf dem Bahnpostamt Magdeburg (Sowjetzone) täglich etwa 120 000 Pakete und Päckchen in beiden Richtungen umgeschlagen. 400 Hilfskräfte mußten von den Oberpost-Direktionen Halle, Erfurt, Schwerin und Dresden nach Magdeburg entsandt werden.

Zwischen Braunschweig und Magdeburg ist täglich ein Interzonenpost-Sonderzug eingesetzt worden, der mit 10 bis 15 Waggons zur Entlastung der regelmäßigen Interzonenpostzüge beitragen soll.

Zusätzliche Interzonenzüge

Neun Zugpaare mehr zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel
Berlin (DPA). Wie von der Berliner Vertretung der Deutschen Bundesbahn mitgeteilt wurde, werden insgesamt neun Entlastungs-Zugpaare im Interzonenverkehr zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel eingesetzt. Es handelt sich um drei Zugpaare zwischen dem Bundesgebiet und Westberlin, die bereits in den Kursbüchern ver-

zeichnet sind und die auf den Strecken Frankfurt a. M.—Berlin (über Bebra) sowie Köln—Berlin und Dortmund—Berlin (beide über Helmstedt) eingesetzt sind. Sie verkehren in der Zeit zwischen dem 15. Dezember und dem 9. Januar. Dazu kommen sechs Zugpaare zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone.

Die Ahnung führte zur Erinnerung

Junger Mensch fand seine Mutter wieder

Landstuhl (AP). Ein amerikanischer Soldat fand jetzt nach elf Jahren bei der Begegnung mit seiner Mutter sein Gedächtnis wieder, und er fand seine Heimatstadt in Frankreich, in deren Nähe er im Jahre 1944 als Zehnjähriger bei einem Fliegerangriff verwundet worden war.

Als der zehnjährige Raymond Monard aus Pollait bei Bourg-en-Bress damals nach dem Tief-fliegerangriff eines Messerschmitt-Jägers in einem amerikanischen Lazarett erwachte, konnte er sich selbst an seinen Namen nicht erinnern. Als er wieder gesund war, schloß er sich einer amerikanischen Infanteriekompanie und später einer amerikanischen Jagdstaffel an.

Nach Kriegsende kehrte Jones in seine Heimat und seinen Zivilberuf zurück und ließ den Jungen zu sich kommen, um diesen zu adoptieren. Der damals zwölfjährige John D. Jones besuchte die Schule und trat im Jahre 1952 in die amerikanischen Luftstreitkräfte ein. Er wurde später mit seiner Einheit nach Neuburg und dann nach Landstuhl versetzt.

Das Geheimnis um seine Herkunft ließ aber dem jungen Soldaten keine Ruhe. Das französische Rote Kreuz sandte ihm

auf seine Bitte hin eine Liste vermißter französischer Kinder, in der ihn der Name der Stadt Bourg-en-Bress stutzig machte. Einen kurzen Urlaub benutzte er zum Besuch der Stadt, und dort kam ihm der Name des nahe gelegenen Dorfes Pallait bekannt vor. „Ich stieß dort auf ein Haus, das mir noch bekannter vorkam“, berichtete John Jones. Wie gebannt betrachtete er das Haus, als plötzlich eine Frau aus dem Haus trat und auf ihn zu kam. Im Gespräch erwähnte die Frau, daß ihr Sohn, der auf der linken Seite des Schädels eine Narbe habe, vermißt sei. In diesem Moment wußte Jones, daß er seine Mutter gefunden habe. Aber er war zu überwältigt, daß er mit ihr darüber hätte sprechen können. Nach Landstuhl zurückgekehrt, erhielt er einen Brief von Frau Monard.

Sie schrieb ihm, sie fühle, daß er ihr Sohn sei. Jones fuhr ein zweites Mal nach Pollait. Seine Mutter berichtete ihm

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Buxenstein, GmbH.

über seine Kindheit, und Jones begann sich dunkel zu erinnern. Bilder aus der Kindheit tauchten auf, aber sie sind noch lückenhaft. An vieles kann er sich nicht erinnern. Aber er ist überglücklich. Trotzdem möchte er zu seiner Frau, die er Anfang des Jahres geheiratet hatte, und zu seinen Adoptiveltern zurückkehren.

Paul Löbe

DT. Paul Löbe, der frühere langjährige Präsident des Deutschen Reichstages vollendete in Berlin, das dem Schlesier seit Jahrzehnten zur Heimat geworden ist, sein 80. Lebensjahr. Wer dem sehr rüstigen und liebenswürdigen alten Herrn auf einer unserer öffentlichen Veranstaltungen begegnet, der denkt zurück an die Zeit, in der er mit ebensoviel Würde wie Geschick an der Spitze des deutschen Parlaments stand. Das waren damals inmitten der ersten Krisen und Verwicklungen, die den Weg der Weimarer Republik kennzeichneten, keine leichten Jahre für ihn. Zwischen den rund 60 Kommunisten links und den 107 Nationalsozialisten rechts im Reichstag von 1930 die Ordnung zu wahren, das war eine schwere Arbeit und eine unge-

wöhnliche Leistung. Sie fand vor allem auch deshalb die allgemeine Achtung, weil sie selbst in schwierigsten Situationen die gebotene Strenge mit einer rühmenswürdigen Sachlichkeit und Gerechtigkeit zu verbinden wußte. Löbe war einer der besten Präsidenten, die es jemals in einem deutschen Parlament gab.

Dieser gebürtige Schlesier, Sohn eines Tischlers aus Liegnitz, hat in seiner Person niemals die freundlichen Eigenschaften der Menschen seiner Heimat verleugnet. Über die Tätigkeit eines Schriftsetzers, eines Redakteurs, eines Mitglieds des schlesischen Provinzial-Landtages und nach 1913 der Verfassunggebenden Nationalversammlung war er zu dem hohen Amte des Präsidenten des Reichstages aufgestiegen. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, in dem

ihm das Konzentrationslager nicht erspart blieb, hat er sich sofort wiederum an führender Stelle der Berliner Sozialdemokratie in dem neuen politischen Leben betätigt. Er wurde in den Parlamentarischen Rat nach Bonn entsandt und ebenso in den ersten Bundestag. Danach betätigte sich seine Sorge um Deutschland auf anderen politischen Gebieten. Heute noch steht er als Präsident an der Spitze des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“.

Auch wir freuen uns der Gesundheit, die Paul Löbe in einer aufreibenden politischen Tätigkeit vieles überleben ließ, um bis zum 80. Lebensjahr und hoffentlich noch weit darüber hinaus als erfahrener Helfer den Jüngeren in der Bewältigung unserer großen Schicksalsfragen zur Seite zu stehen.

West-östlicher Diwan

Vorweihnachtszeit



„Mußte mich doch mal wieder auf die andere Seite legen!“

„Mach mal die Augen zu und atme tief, wie 53 im Schwarzwald!“

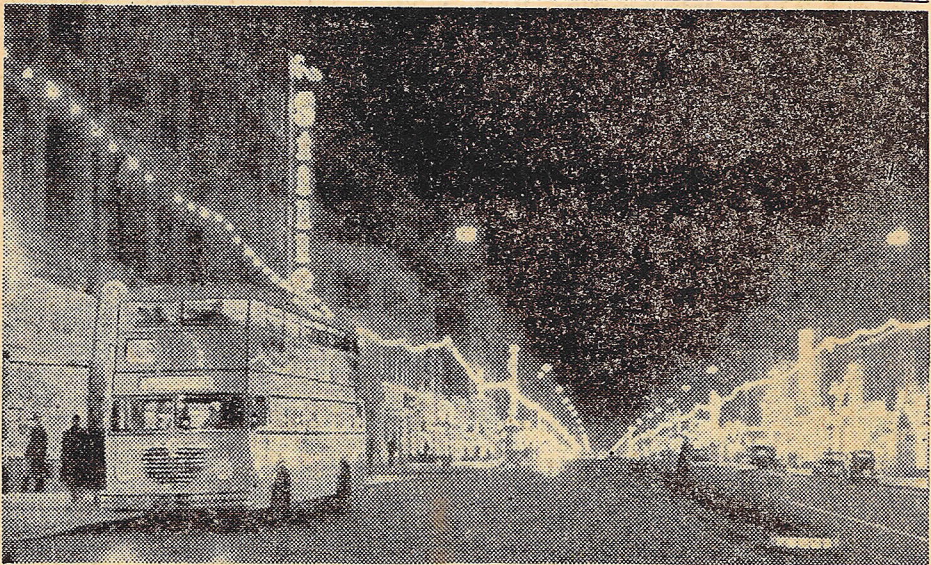


BILD DER WOCHE. Weihnachten in Westberlin: Die lichtgeschmückte Schloßstraße in Steglitz.